

# Baugewerkschaft

## Organ des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonntag. Abonnementpreis vierteljährlich 2 Mark (ohne Postgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. ♦ Redaktionschluss: Montag morgens 8 Uhr

Geschäftsstelle und Schriftleitung  
Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2-3

Anzeigenpreis: Insetate 60 Pf., Reklame 1,80 Mark, für Verfammlungsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. — Schluß der Anzeigenannahme 8 Tage vor Erscheinen jeder Nummer

### Vor neuen Ereignissen

Deutschland hat auf die Herausforderung seiner Feinde die richtige Antwort gegeben. Der verschärfte U-Bootkrieg ist erklärt. Damit stehen wir vor neuen und ersten Ereignissen.

Was wird nun geschehen?, wird mancher sich fragen. Die deutsche Regierung hat in ihrer Note an Amerika die Gründe für ihr jetziges Handeln klar und klar ausgesprochen. Wir kämpfen um unser Dasein, um unser Leben. England setzt alles in Bewegung, um sein ruchloses Ziel, die Auslieferung Deutschlands, herbeizuführen. Nicht das deutsche Volk wird damit getroffen, sondern unschuldige Frauen, Kinder und Greise. Scheinhellig wird immer von den Engländern über Menschenheitsrechte geredet. Wer hat wohl den größten Anspruch auf Menschenheitsrechte als wie Frauen, Kinder und Greise? Aber das stört die Briten nicht, zur Erreichung ihres Zieles ist ihnen jedes Mittel recht. Gut, wenn schon, denn schon. Darauf kann es aber nur eine Antwort geben: Wie du mir so ich dir.

Die Verhältnisse stehen mit uns im Bunde. Die Welt ist schlecht. Nordamerika hat eine minimale Ernte, Argentinien sogar eine ausgesprochene Missernte. Allzuviel kann England von diesen Ländern nicht beziehen. Von Russland und Rumänien ist nichts zu erwarten. Nur Indien und Australien stehen mit ihren Vorräten zur Verfügung. Der Seeweg von Südamerika gehen muß. Außerdem ist auch die australische Ernte geringer gegenüber normaler Zeit. England hat keine großen Vorräte im eigenen Land. Lebensmittel selbst produzieren geschieht nur in ganz geringem Umfang. Wohl rüstet die englische Regierung, um die eigene landwirtschaftliche Produktion in andere Bahnen zu lenken und sie zu steigern. Dieses bewegt sich jedoch erst in Zukunftsbahnen. Für die Gegenwart hat es keine Bedeutung. Man wird aber nunmehr auf die Höhe des Weltkrieges anlangen, wo alle verfügbaren Mittel in die Waagschale geworfen werden, dann hängt die Entscheidung von den Mitteln ab, die zur Zeit vorhanden sind.

Dazu tritt ein anderer sehr wichtiger Umstand. England, Frankreich und Italien leiden unter ernsthaften Verkehrserschwerungen. In Frankreich und Italien treten die Folgen der Kohlennot immer schärfer in Erscheinung. Beide Länder sind auf England mit der Kohlenzufuhr angewiesen. Zu den Verkehrserschwerungen im Inneren treten solche auf dem Meer. Bisher schon war es deutschen U-Booten und Kaper Schiffen möglich, die Handelschiffahrt dieser feindlichen Staaten ganz erheblich zu stören und zu lähmen. Immer mehr macht sich der Mangel an Schiffmann bemerkbar. Auch die neutrale Schifffahrt, die Transporte für England oder die Dampferflotte, hat unter dem deutschen U-Bootkrieg gelitten. Dazu tritt, daß die vorhandenen Fracht- und Handelschiffe stärker und länger in Reparatur genommen werden mußten, ehe notwendige Reparaturen ausgeführt werden konnten. Auch der Mangel an Auszubehringenden wird sehr störend empfunden. Die Hafenstädte sind mit Schiffen aller Art überfüllt, die wochen- und monatelang auf die Ausladung warten.

Diese Umstände lassen es erhoffen, daß der nunmehr beginnende U-Bootkrieg England in seinem Lebensnerv trifft. Was es uns selbst antun wollte, soll es jetzt an eigenen Seibe verspüren. Unsere U-Boote sind nunmehr aller Rücksicht entledigt. Parolen wird nicht gegeben. Diese Aussicht hat in den uns feindlichen Ländern eine starke Verunsicherung und große Demoralisierung ausgelöst.

Wir haben uns nicht verhoffen, daß mit der Erklärung des U-Bootkrieges auch die Neutralität

land neue Gefahren entstehen. Was werden die neutralen Staaten machen, insbesondere was wird Nordamerika tun? So wie es den Anschein hat, werden die europäischen neutralen Länder sich mit der Tatsache abfinden. Was Nordamerika unternehmen wird, gilt es jedoch abzuwarten. Gerade dieses Land ist es, das uns bisher in den Arm stel und seine Hand schützend über England hielt. Nordamerika hat bis jetzt vom Krieg ungeheure Vorteile gezogen. Viele Milliarden Mark sind aus Europa nach Nordamerika abgewandert. Gewiß war der Segen kein einheitlicher. Einzelne Teile der nordamerikanischen Industrie heimsten ungeheure Verdienste ein, während andere durch die behinderte Ausfuhr erheblich geschädigt wurden. Im ganzen genommen hat jedoch dieses Land aus dem Krieg seine großen Vorteile gezogen auf Kosten deutschen Blutes; denn Deutsche waren es vorwiegend, die von den amerikanischen Geschützen und Geschossen getroffen wurden.

Präsident Wilson hat die Welt mit seinen Friedensbestrebungen überrascht. Was wird er nunmehr tun? Wird er uns wieder in den Arm fallen wollen, trotzdem er den Vernichtungswillen unserer Feinde kennt? Für Deutschland war kein anderer Weg mehr gangbar. Will Nordamerika seine Hand weiter über England halten, gut, dann bleibt auch uns nichts anderes übrig, als wie dieses auf uns zu nehmen.

Gewiß entstehen dadurch für die Neutralen neue Schwierigkeiten. Sie leben noch mehr als bisher unter den Wirkungen des Krieges. Sie haben zu bedenken, daß die Lasten, die wir zu tragen haben, unendlich höher sind, nicht nur das wir Not, Entbehrung und Schuldenlast auf uns zu nehmen haben, wir haben auch soviel kostbares Blut und Leben zu beklagen. Ueber allem steht jedoch der Vernichtungswille unserer Feinde. Kein Deutscher hält da zurück in der Anwendung aller nur immer wie vorhandenen und gangbaren Kriegsmittel. Die feindlichen Staatsmänner werden es noch bereuen, daß sie das deutsche Friedensangebot, das ehrlich gemeint war, so brüsk zurückgewiesen haben. Nunmehr sollen sie auch die Folgen tragen in all ihrer Furchtbarkeit.

Deutschland kämpft um sein Leben. Die nächsten Monate werden über das 20. Jahrhundert die weltgeschichtliche Entscheidung bringen. Deutschland steht mitten drin in diesem schauerlichen Weltendrama. Aufstieg oder Niedergang heißt die Parole. Wir werden nicht untergehen, dafür sorgen unsere tapferen Heere und unsere schneidige Marine, daß unseren Feinden zum Bewußtsein kommt, daß sie uns niemals niederringen werden. Der U-Bootkrieg steht im Mittelpunkt der zu erwartenden großen Entscheidungen. Wir haben die Bupersicht, daß er zu dem endgültigen Sieg des deutschen Volkes beitragen wird.

Diese Zeilen waren geschrieben, ehe der Abbruch der diplomatischen Beziehungen mit Deutschland durch die Vereinigten Staaten von Nordamerika bekannt wurde.

Es bewahrheitet sich damit, daß Nordamerika offen auf die Seite Englands tritt. Das deutsche Volk wird dieses zu tragen wissen, von seinem Schritte gegen England läßt es hierdurch sich nicht abbringen.

### Unsere Industrie im Kriege

Was unsere Industrie in diesem Kriege geleistet hat, werden erst spätere Geschichtsschreiber voll würdigen. Wir wissen es jetzt noch nicht, weil nicht alle Schwierigkeiten bekannt sind, mit denen die Industrie durch das Vorgehen des Weltmarktes zu rechnen hat. Der Krieg hat unermesslich, tief und fast unvorstellbar

allen Seiten wurden wir angefallen, ein Millionenheer mußte von Deutschland geradezu aus der Erde gestampft werden. Die Millionen Soldaten mußten schnell ausgerüstet werden. Sie mußten die nötigen Waffen und Munition haben, um nicht wehrlos dem Feinde gegenüberzutreten zu müssen. Dazu kam die Ausrüstung für Pferde, Proviant- und Munitionskolonnen, die Beschaffung von Feldküchen, von Werkzeug und Schanzzeug für die Artilleriebataillone, die nötigen Materialien, wie Stacheldraht, Sandsäcke und dergl. Unser Eisenbahnmateriale mußte ergänzt werden, dazu kamen die fortwährenden Neuerungen: Gasmasken, Gasgranaten, Schutzschilde, Stahlhelme, Flugapparate, U-Boote usw.; die Kohlenförderung wurde auf das Neueste erhöht, damit alle Betriebe mit voller Kraft arbeiten konnten.

Unsere gesamte Industrie, ob Berg- oder Hüttenwerke, ob Waffen- oder Munitionsfabriken, ob Eisen- und Stahlwerke, ob Werften, Maschinen-, Textil-, Leder-, chemische Fabriken oder Eisenbahnwerkstätten, alle taten sie das Neueste, und nur dadurch ist es gelungen, unsere Feinde abzuwehren und den Krieg weit in Feindesland zu tragen. Welches Verdienst allerdings die Arbeiterschaft dabei hat, und was sie leistete, soll in einem anderen Zusammenhang betrachtet werden.

Durch den Krieg hatte die Industrie Hochkonjunktur. Gewinne wurden erzielt, wie in keinem anderen Jahre des Friedens. Die Landwirtschaft und Handel, so mußte die Industrie die Situation aus, ihre Taschen zu füllen, und das ist das Betreibende, das ist ein Schatten, der das herrliche Bild der Leistungsfähigkeit verunzelt. Wir christlich-nationalen Arbeiter stehen auf dem Standpunkt: Jeder ist seines Lohnes wert. Wir gönnen der Industrie in angemessenen Grenzen gehaltene Gewinne. In Tarifverträgen tritt die Arbeiterschaft sogar für Preisstarke ein und bekämpft die Schmutzkonkurrenz. Im neuen Programmwort der christlich-nationalen Arbeiterbewegung heißt es ausdrücklich: „Die christlich-nationale Arbeiterbewegung ist sich der Bedeutung einer freien Unternehmer-Initiative wie der Bewegungsfreiheit der Arbeiter wohl bewußt und bekräftigt das Bekenntnis zur Zusammenarbeit zwischen Unternehmer und Arbeiter in der Erhaltung, Hebung und Förderung des Gewerbes.“ Was jedoch die Industrie im Weltkriege, in dem Millionen schwere Opfer an Gut und Blut bringen müssen, getan hat, geht über das zulässige Maß hinaus.

Das Reich befand sich anfänglich in einer Zwangslage. Die Hauptsache war, daß rasch geliefert wurde. Diese Zwangslage ruhte die Industrie aus. Der Kriegsminister sagte selbst einmal im Haushaltsausschuß: „In dieser Notlage sind in der Tat viele zu hohe Preise bezahlt worden.“ Die Preise wurden zwar etwas abgebaut. Oberst von Briesberg rechnete im Haushaltsausschuß vor, daß vom Beginn des Jahres 1915 bis Sommer 1916 allein an den Geschöß- und Hunderterlieferungen 46,2 Millionen Mark erspart worden seien. Aber einmal hochgeschraubte Preise lassen sich schwer abbauen. Wir sehen das auf allen Gebieten. Welche Riesengewinne die Industrie erzielt hat, dafür einige Beispiele:

Die Westfälische Metallindustrie A.-G. in Lippsstadt schüttelte 25 Prozent Dividende aus und gab den Aktionären für zwei Aktien eine neue. Der Reingewinn stieg von 178 200 M auf 1 335 888 M. Die Geisweider Eisenwerke erzielten 1915/16 einen Reingewinn von 3 333 584 Mark (im Vorjahre 777 232 M); die Dividende wurde auf 20 Prozent erhöht, mithin verdreifacht. Das Eisenhüttenwerk Thale hat im ersten Halbjahre 1916 6 Mill. M Gewinn erzielt gegen 7,61 Mill. M im ganzen Jahre 1915. Dort stieg die Dividende von 16 auf 26 Prozent, heute ist sie noch größer. Die Wittener Hütte machte bei einem Aktienkapital von nur 100 000 M einen Gewinn von 1 781 161 M, bei hohen Abschreibungen und Abschlägen wurden noch 25 Prozent Dividende verteilt. Die Bergbau- und Hütten-A.-G. Friedrichshütte in Saarbrücken erzielte im Jahre 1915/16 einen Reingewinn von



687 244 M und konnte nach Abzug der Rücklagen noch 20 Prozent Dividende verteilen. Die Charolienhütte in Nieder-Sachsen verdoppelte die Dividende auf 18 Prozent bei einem Reingewinn von 3 131 843 M. Die Bismarckhütte machte 4 870 937 M Abschreibungen, schrieb sämtliche Forderungen im feindlichen Ausland ab und hatte trotzdem noch einen Reingewinn von 5 708 955 M und zahlte eine Dividende von 25 Prozent. Das Gußstahlwerk Wittmann in Halle verdoppelte die Dividende von 15 auf 30 Prozent. Das Hasper Eisen- und Stahlwerk machte einen Rohgewinn von 6 806 500 M und zahlte 16 Prozent Dividende. Das ist das Vierfache wie im Jahre zuvor. Das Eisen- und Stahlwerk Hösch u. S. in Dortmund zahlte 20 Prozent Dividende, bei einem Reingewinn von 9 500 885 M. Die Vereinigten Stahlwerke von der Thyssen in Köln-Deutz erzielten einen Reingewinn von 6,9 Mill. M und schüttelten 25 Prozent Dividende aus. Das Stahlwerk Richard Lindenberg u. S. gewährte 25 Prozent Dividende; die Wegener Walzwerke 15 Prozent; die Gußstahlfabrik Schweinfurt 25 Prozent; der Bochumer Verein für Bergbau- und Gußstahlfabriken 25 Prozent; das Stahlwerk Beder in Wilsch 30 Prozent; die Hannoverische Waggonfabrik 25 Prozent; die Sächsische Waggonfabrik 25 Prozent; die Deutsche Waffen- und Munitionsfabrik Ludwig Löwe 35 Prozent; die Köln-Rottweiler Pulverfabrik 35 Prozent; die Sprengstoffwerke „Glückauf“ in Hamburg sogar 180 Prozent; die Adlerwerke 22 Prozent; die Daimler-Motoren-Werke 24 Prozent. Ähnliche Gewinne machten die Betriebe, die Telegraphen-Apparate und -Drähte herstellen, die elektrischen Werke, die chemischen Fabriken, die Lederindustrie usw.

Ein großer Teil unserer Kriegsanleihe ist zweifellos in die Hände derartiger Kriegsgewinne gewandert. Der Staat zahlt unseres Erachtens die übermäßigen Gewinne zu Unrecht. Die Industrie aber liegt auf dem Standpunkt wie die Landwirtschaft und der Handel: Die Produktionsfähigkeit muß erhalten und gesteigert werden. Dr. Stiesemann schreibt in der „Rheinisch-Westfälischen Zeitung“ (Nummer 771, 1918):

„Wir dürfen nicht mit dem Geld des kleinen Mannes die Gewinne einzelner Unternehmungen in diesem Kriege hinführen. Es erscheint als durchaus notwendig, daß gegenüber den vielen durch den Krieg geschwächten Unternehmungen bei Beginn des Friedens auch große, im Kapital gestärkte Betriebe da sind, die in der Lage sind, mit Hilfe ihrer während des Krieges gestärkten Reserven den Kampf um den Weltmarkt neu aufzunehmen.“

Herr Stresemann weist auf diese Dinge hin, weil es sonst leicht dazu führen könnte, „Freudigkeit und Sündigkeit zum wirtschaftlichen Durchhalten zu untergraben. . . Man verkenne das eine nicht, daß Deutschland die Höhe seines wirtschaftlichen Schaffens nur erreicht hat durch den kühnen Wagemut und die Schaffensfreudigkeit seiner Einzelunternehmer.“

Gewiß hat die Schaffensfreudigkeit und der kühne Wagemut Deutschland empor gebracht; aber müssen Dividenden von 30 Prozent und mehr ausgezahlt, müssen die Millionen Gewinne verzehnt- und verzehanzigfach werden, um diese Schaffensfreudigkeit anzuregen? Bei der Arbeiterschaft, die gewiß am schwersten unter dem Krieg zu leiden hat, die es doch durch Anspannung aller ihrer Kräfte der Industrie erst ermöglicht, ihre

Leistungsfähigkeit zu erhalten, rebet man nicht von Anreiz und Erhaltung der Schaffensfreudigkeit durch erhöhte Löhne.

Im „Berliner Tageblatt“ (Nr. 502, 1918) sagt Arthur Mörzen mit Recht:

„Der Krieg, sonst alles eher als ein Lebensspender, wird aller Voraussicht nach, infolge des wachsenden Bedarfs an Rüstzeug, die Umsätze der Industrie weiter steigern. Da die Uberschüsse bei manchen Unternehmungen bisher schon ins Riesenhafte gewachsen waren, so scheint es im ersten Augenblick durchaus geboten, daß die Kriegssteuer, für die manche Gesellschaften die durch das Rücklagengesetz vorgesehene 50 Prozent ihres in den Kriegsjahren erzielten Mehrertrages mit Sicherheit aussondern konnten, erhöht wird.“

Man verweist auf die Kriegssteuer. Wir würden gern auf die ganze Kriegssteuer verzichten, wenn der Staat als Auftraggeber mit dem Zahlen der Preise nicht so freigiebig wäre. Welche Summen erspart werden könnten, hat uns das obige vom Oberst von Wriesberg errechnete Beispiel gezeigt. Das Geld mit der einen Hand geben und mit der anderen zum Teil nehmen, betrachten diese Kreise dann noch als große Opfer. Professor Harnack hatte nicht unrecht, als er bei der Versammlung des Nationalausschusses am 1. August 1918 in Berlin Ausführungen über den Geist der Profitgier unserer Industrie machte, dem er den Geist der Gemeinschaft gegenüberstellte.

Durch das Hilfsdienstgesetz wird die Industrie noch mehr Gewinne erzielen. Es werden ihr Arbeitskräfte zugewiesen, Aufträge erteilt und Produkte gegen Barzahlung abgenommen. Es wurde bei Schaffung des Gesetzes angeordnet, Bestimmungen hineinzuarbeiten, die die höchsten Kriegsgewinne etwas einschränken. Leider ist es nicht geschehen. Man verwies darauf, daß im Haushaltsausblick die Kriegslieferungsverträge eingehend geprüft werden sollten. Hier muß gründliche Arbeit geleistet werden. Die „Rheinische Volkszeitung“ sagt ganz richtig in Nr. 870, 1918:

„Während die Wehrpflichtigen draußen an der Front Geld und Leben im Gemeinwohl des Vaterlandes werfen, und nicht die dabei in den Werksbetrieben Arbeitskräfte wenigstens alle dem Vaterlande dienlich gemacht werden, sollen aus diesem neuen Hilfsdienst in der Arbeit, so sagt man sehr schön, nicht einzelne heimische Betriebe außerordentlich hohe Gewinne erzielen dürfen.“

Die führenden Kreise der Industrie und ihrer Organisationen würden sich große Verdienste erwerben, wenn sie mehr erzieherisch auf die Industrie einwirken und anregen würden, ihren Patriotismus etwas praktischer zu betätigen. Die Nachwelt wird jedenfalls sich über das Verhalten der Industrie im Weltkriege nach der finanziellen Seite hin ihre Gedanken machen und auch ihr Urteil fällen.

## Allgemeines

Das Eisene Kreuz erhielten folgende Kollegen: **Johann Scheres**, Mitglied der Zahlstelle Amern; **Unteroffizier Hermann Lautamp**, Mitglied der Zahlstelle Telgte; **Sof. Claus**, Mitglied der Zahlstelle Serne.

**Vom Groß-Berliner Arbeitsmarkt.** Wie der Wochenbericht über den Groß-Berliner Arbeitsmarkt, der vom statistischen Amt der Stadt Berlin herausgegeben wird, mitteilt, ist die allgemeine Lage des Arbeitsmarktes in Groß-Berlin weiterhin günstig für Arbeitssuchende. Der herrschende Mangel an Arbeitskräften, insbesondere Mangel an männlichen Arbeitskräften in der Metallindustrie & in der Eisenindustrie, Schloßern, Werkzeugmachern, Dreherei und Einrichtern. Mangel besteht besonders an Kraft- und Kraftwerkstoff, z. B. Kohlenkutschern und Kohlenarbeitern. Weibliche Arbeitskräfte wurden in der Reichswehr und allen von den Rüstfabriken verlangt. In der Industrie der Maschinen- und Gummiartikel ist ebenso eine Zunahme in der Einstellung weiblicher Kräfte zu verzeichnen, da die Konservenfabriken, auch die Fabriken für die Herstellung von Kriegsmitteln ihren Betrieb gesteigert haben. Es herrscht Mangel u. a. an Buchhalterpersonal, an Hausdienerinnen und Fensterputzerinnen.

**Was gibt's demnach zu essen?** In einer Erklärung der Bergarbeiterorganisation mit dem Kriegsernährungsamt betr. der Schwierigkeiten unserer gegenwärtigen Ernährungsverhältnisse wurde erklärt, daß es zurzeit nicht möglich ist, die Kartoffelration zu erhöhen, weil man die Strohballen nicht verderben lassen will, zumal die Kartoffel bis zur nächsten Ernte reifen sollten. Doch könnte in etwa sechs Wochen die Kartoffelration wieder auf fünf Pfund erhöht werden. Die Gemeinden, die wegen des Wagenmangels und des Mangels an der Kartoffelfuhr in Rückstand geraten sind, erhalten als Ersatz Mehl. Auch eine Erhöhung von Suppengemüse und der Fleischwarenmenge findet in etwa drei Wochen statt. Die Schwerarbeiter erhalten dann in der Folgezeit wöchentlich 500 Gramm Fleisch und außerdem Wurstwaren zu Höchstpreisen. Alle Familien erhalten Suppengemüse.

**Sozialdemokratie und Friede.** In Nr. 17 der „Sozialdemokratischen Volkspost“, einer für die selbständigen Sozialdemokraten bestimmten Zeitschrift, schreibt Carl Kuttner, selbst Kriegsteilnehmer von 1915 und 1918 und derzeitiger Kriegserzieher: „Ich habe gelernt, daß zur Verteidigung des eigenen Landes gegen feindlichen Einfall alles, aber auch alles aufgegeben werden muß, und daß der sich auf schwerste am Volke verhängt, der die Friedenspropaganda in einer Form treibt, die statt des Friedens die Niederlage des eigenen Volkes heraufbeschwört. Und weil die Mehrheit der Sozialdemokratie sich dieser furchtbaren Verantwortung bewußt ist, bewegen lohnt sie es auch ab, Mühsal mit einem beim einzelnen zeitweilig begreifliche Mißstimmung her zu unterstützen oder agitatorisch auszunutzen, wo sie nachgeben an diese Besühle unwiederbringlichen Schaden für alle Zukunft zur Folge hätte.“

**Die Cogitation des deutschen Volkswelns.** auf die er Anspruch hat, legt sich seit 1. Juni 1918 aus folgenden Speise- und Getränken zusammen: 100 Gramm Reis, Graupen, Erbsen; 300 Gramm Kartoffeln oder 50 Gramm Kartoffelknollen oder 60 Gramm Kartoffelknollen nebst entsprechenden Teilen der anderen Kartoffelsorten für den Ausfall an Kartoffeln gegenüber dem Monatslohn von 1500 Gramm; 125 Gramm Wachs; 15 Gramm Kaffee nebst 6 Gramm Rohkaffee; an Zucker aufstreich: 55 Gramm Butter oder Schmalz oder 50 Gramm Schweinefleisch in Dosen für den Wochentag, 65 Gramm Butter usw. für den Ofen; für den Kopf und Mund 200 Gramm Käse; an Genussmitteln: unter Berücksichtigung der Voraussetzungen, Klima, Witterung usw. 0,1 Liter Branntwein, 0,2 Liter Fruchtsaft; an Brot: bis zu 400 Gramm Mehl.

**Vierteiljährliche kleine Viehzählungen.** Das einer Verordnung des Bundesrats vom 30. Januar 1917 wird im Deutschen Reich vom 1. März 1917 beauftragt bis auf weiteres vierteiljährlich eine kleine Viehzählung vorgenommen werden. Sie erstreckt sich auf Pferde, Rindvieh, Schafe und Schweine; die Landeszentralbehörden, die die Ausführungsbestimmungen erteilen, können

## Die Zünfte!

(Schluß.)

Gerade der Zwang gab aber den Zünften die Macht, die Interessen ihrer Mitglieder wirksam zu vertreten und ihnen in Notfällen Beistand zu leisten. Die strenge Zerschlagung zunftlastiger Gewerbe und die Ausdehnung des Verkaufsrechtes auf die „Rauheute“, einen bestimmten Markt der Stadt, machte alle lästige Konkurrenz unmöglich und beherrschte den Zünftler ihr Angelegenheit. Es wurde z. B. wie Dr. G. Hogen anführt, in Regensburg im Jahre 1259 verboten, außerhalb der Stadt weiden zu lassen. Die päpstlichen Handwerker mußten die päpstlichen Leuten tragen, also sollten ihnen alle Ehrentitel die Früchte ihrer Mühen verweigert. Das gesamte Publikum wurde aber durch dieses Verbot der Zünfte nicht beeinträchtigt. Denn diese hatten Recht auf ihren guten Ruf und legten darauf, daß der Ruf der Stadt besser bekannt wurde. Die Zünfte der Metzger und Metzgerinnen der Stadt Regensburg hatten die Befugnis, die Zünftler zu weiden zu lassen. Das Verbot der Zünfte über die Zerstörung der Zünfte und die Handlungen über die Zünftler, die den Ruf der Stadt beeinträchtigen. Der Zünftler sollte in der Stadt weiden lassen und die Zünftler sollten in der Stadt weiden lassen und die Zünftler sollten in der Stadt weiden lassen.

zu fördern. Aber er blieb noch im Hause des Meisters in Wohnung, Kost und Lohn und mußte sich vor ihm zurechtweisen lassen, hatte auch abends pünktlich nach Hause zu kommen. Spielen und Trinken war verboten. Auch die Gesellenbruderschaft hielt auf Zucht und Sitte. Der von der Zunft ausgeübte Zwangswang erweiterte den Sittensphäre des Gesellen. Er sah fremde Gegenden und Sitten, lernte aber auch fremde Werkzeuge und Arbeitsmethoden kennen. Dies diente dann zur Hebung des Handwerks. Auch hier mochten die „Ordnungen“ von einem einseitigen als Zwang und Unterdrückung empfunden werden. Für die Mehrzahl der Gesellen jedoch war die Erziehung zu höflicher Sitte, zum Gehorsam und zur Fähigkeit sehr von Vorteil. Der Zwang lehrte sie, die Zunftgesetze im Jamm zu halten und sich selbst zu beherrschen.

Die Zunft legte dem Meister mannigfache Beschränkungen auf: er durfte nur eine bestimmte Menge Waren herstellen, mußte bestimmte Qualitäten Rohmaterial (z. B. gutes Leder, Feingehalt der Edelmetalle usw.) verwenden, durfte durch keine technischen Verbesserungen im Betriebe seine Leistungsfähigkeit erhöhen u. a. m. Um eine oberhalbige Ausbildung zu sichern, durfte ein Meister nur eine bestimmte Anzahl Gesellen und Lehrlinge halten. Die Bestimmungen diente dazu, das Gewerkschaftsbestehen zu sichern und das Gewerkschaftsleben in dem einzelnen zu weiden. Zerstört wurde die Zunft einen Beitrag zur Zunftkasse und Strafgelder für Verstöße gegen die Zunftgesetze.

Der Zünftler (oder Zünftler) diente dazu, den in der Zunft gezüchteten Zünftlingen, auch Gesellen, Lehrlingen zu helfen zu helfen. Er erhalten Zerstört, aber nur gegen Hund. Wie über diese Zünft-

glieder wurden in Städten der Stadt untergebracht und Waisen und Kinder verstorbenen Gesellen wurden gleichfalls nach Bedarf versorgt. Auf alle diese Bestimmungen hatten die Zünftlinge Anspruch, ebenso wie ihnen das Recht auf Arbeit, gleichfalls verbürgt war. Als Gegenwert für den durch die Zunft geschützten Lebensstandard und Beiträge zu tragen und keine Gesellen, sofern sie unverheiratet in Not gerieten, vor Verzweiflung zu bewahren. Die Zunftkassen und die mit ihr verbundenen Einrichtungen sorgten dafür, daß der Zünftling gesund und lebensfähig blieb und nicht Teile von ihm als Proletariat hinzukommen konnten.

Auch militärische Bedeutung hatten die Zünfte. In ihnen war, nach Schmalzer, schon damals das Element der allgemeinen Wehrpflicht durchgeführt. Die Zunftverbände waren zugleich feste militärische Vereinigungen und zünftliche Verbände, jeder wurde kontrolliert, ob seine Waffen in Ordnung seien. Oft hatte man zu fragen, ob der Sinn dieser Zünftler nur ein zu kriegerisches, zu einem Auszug bereiter sei.“

Zunftkassen sollte jeder zünftige Geselle Meister werden, sofern er die Voraussetzungen erfüllte. Seine Wehrbildung auf der Wanderjahre mündete und das Wehrwesen verfertigte. Später aber lebten die geschlossenen Zunftwerke in ihren Zunftkassen eine bestimmte Anzahl von Meistern, die die Zunftkassen zur gleichen Zeit des Wehrwesens ausübten. Dadurch wurde ein Teil der Zünftlinge die Zünftlinge, die die Zünftlinge in den Zunftkassen zur gleichen Zeit des Wehrwesens ausübten, wurde ein Teil der Zünftlinge die Zünftlinge, die die Zünftlinge in den Zunftkassen zur gleichen Zeit des Wehrwesens ausübten.



für ihren Bereich weitergehende Erhebungen anordnen. Die Fällung des Rindviehs, der Schafe und Schweine ist für die Schlachtungsanlagen der Reichs- und Provinzial- Schlachthöfe...

Die Arbeit unserer U-Boote. Aus einer amtlichen Mitteilung geht hervor, daß im Monat Dezember 1916 feindliche Handelsfahrzeuge von insgesamt 329.000 Bruttoregistertonnen durch kriegerische Maßnahmen der Mittelmeerflotte verloren gegangen sind.

Die Culltung. Unter diesem Titel schreibt G. Peus in der Wochenschrift 'Die Glocke' (Nr. 35): 'Der "Vorwärts" hat durch den Krieg etwa 100.000 Abonnenten verloren. In der "Leipziger Volkszeitung" polemisiert Bernheim dagegen, daß das Schicksal der bis herigen "Vorwärts"-Redaktion mit ihrer Culltung sei...

Peus ist der Ansicht, daß die verlorenen 100.000 Abonnenten die Culltung für eine falsche Politik sind. Er verweist aber dabei auf die Tatsache, daß er selbst aus schließlich die Politik des "Vorwärts" und seiner Hintermänner während des Krieges meint, oder auch die Politik desselben "Vorwärts" und seiner Hintermänner in der Zeit vor Kriegsausbruch.

Wirtschaftsverbände. Die Blätter und Zeitschriften der wirtschaftsrechtlichen Verbände sind im höchsten Grade unzufrieden und machen ihrem Unwillen in heftigen Worten Luft. Über nicht etwa gegen Unternehmer, die hohe Gewinne einheimen und den Arbeitern schlechte Löhne zahlen, über gegen Arbeitgeber, die dem Volke den Lebensunterhalt durch unethische Preissteigerungen erschweren...

Die Frauen von den Handwertern. In dem ältesten Liederbuche heißt es gelegentlich von den Frauen der Handwerker: 'alle die unter der Hand der Handwerker sind, sie sind die Hand der Handwerker'. Der Uebertritt von einer Kunst in die andere war ursprünglich durchaus unklar und leicht; erst im 15. und 16. Jahrhundert trennten sich die einzelnen Künfte strenger voneinander ab.

Durch die erschwerte Zulassung zur Meisterwürde kam es dahin, daß sich auch Gesellen außerhalb der Künfte selbständig machten. 'Böhnenkuchen' wurden die Künfte waren von nun an mächtig. Ihre Angehörigen wurden reich, die 'Böhnenkuchen' blieben arm. Die Künfte verachteten alle anderen vom Bäcker auswärts und wollten diesen zugehören. In dem alten Liederbuche heißt es: 'alle die unter der Hand der Handwerker sind, sie sind die Hand der Handwerker'.

friedlichen entbehrt jeder sachlichen Unterlage. Kein objektiv Urteilender kann in den wirtschaftsfriedlichen Vereinen eine Interessenvertretung der Arbeiter, einen Bestandteil der deutschen Arbeiterbewegung erblicken. Deshalb können sie folgerichtig auch nirgendwo in Frage kommen, wo eine Vertretung der Arbeiter in Gesetzgebung oder Verwaltung vorgesehen ist.

Abkehrscheine und Schlichtungsausschüsse

Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Mit Zustimmung des vom Reichstage gewählten Ausschusses hat der Bundesrat durch eine Verordnung vom 30. Januar 1917 neue Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über den Vaterländischen Hilfsdienst erlassen. Die wichtigsten von ihnen beziehen sich auf die Erteilung des Abkehrscheins. Nach der Verordnung ist jeder Arbeitgeber, der einen Hilfsdienstpflichtigen beschäftigt, verpflichtet, ihm einen Abkehrschein auszustellen, wenn das Arbeitsverhältnis von seiner - des Arbeitgebers - Seite oder mit seiner Zustimmung aufgelöst wird; es ist dabei gleichgültig, ob der Betrieb des Arbeitgebers selbst zu den Hilfsbetrieben zählt oder nicht.

an, daß das laufende Publikum benachteiligt wurde. Mit klarem Eigensinn widerlegten sie sich jeglicher Einschränkung technischer Fortschritte und Neuerungen. Manche dieser Mißbräuche und Mißstände wurden so offenbar, daß sich die Städte, ja auch das Reich, zum Eingreifen veranlaßt sahen, und die Künfte manche ihrer Vorrechte verloren, namentlich in der Gerichtsbarkeit beschränkt wurden.

Die Gewerbefreiheit beruht auf dem Gedanken des freien Spiels der freien Kräfte. Die Physiokraten, Adam Smith und die Freihandelslehre lehrten, daß der Staat die einzelnen Wirtschaftsmenschen nicht durch Vorschriften und Gesetze behindern und beschränken solle. Wenn jeder einzelne sich nach seinen Kräften frei entfalten könne, so führe dies zum Wohle der Gesamtheit.

lichen, durch das Gesetz geregelten Entscheidung über den Hilfsdienstcharakter des Betriebes greift er in keiner Weise vor.

Der Pflicht des Arbeitgebers, den Hilfsdienstpflichtigen Arbeiter, dem er den Abkehrschein verweigert, weiterzubeschäftigen, entspricht die Pflicht des Arbeiters, der gegen die Verweigerung Beschwerde einlegt, bis zur Entscheidung der Beschwerde sein Beschäftigungsverhältnis in Betrieben fortzusetzen - es sei denn, daß ihm die Fortsetzung nach den Umständen des Falles nicht zugunsten zuzurechnen ist (bei Mißhandlung, gröblicher Beleidigung, Gesundheitsbedrohung usw.).

Einige Bestimmungen regeln das Verfahren vor den Ausschüssen und der Zentralstelle. Es mag erwähnt sein, daß die Vorsitzenden wegen unentschuldigtem Ausbleiben oder unentschuldigter Versäumnis und wegen unberechtigter Verweigerung einer Aussage Ordnungsgeldstrafen bis zu 100 Mk verhängen können. Die Zentralstelle und die Ausschüsse sind befugt, die Amtsgerichte um die eidliche Vernehmung von Zeugen und Sachverständigen zu ersuchen.

Für die Hilfsdienstpflichtigen, die nach Empfang der besonderen schriftlichen Aufforderung, sich eine Hilfsdienstbeschäftigung zu suchen, eine solche gefunden haben, ist eine Anzeigepflicht vorgesehen. Die Anzeige ist unverzüglich zu erstatten, an den Ausschuss, von dem die Aufforderung ausgegangen ist, zu richten und vom Arbeitgeber durch seine Unterschrift zu bestätigen.

Die Verordnung tritt sofort in Kraft.

Zweck und Organisation des Kriegs- Ernährungs-Amtes

Die Vereinigung für staatsbürgerliche Bildung und Erziehung läßt im Preussischen Abgeordnetenhaus einige Vorträge von Vorstandsmitgliedern des R. E. A. halten. Am 24. Januar sprach das Vorstandsmitglied Kollege Stegerwald über obengenanntes Thema. Die Bedeutung, die das R. E. A. für unsere Volksernährung hat, und die Debatte, die im Laufe der Zeit darüber gepflogen wird, lassen es ratsam erscheinen, einiges aus dem Vortrage wiederzugeben.

Nebener schilderte einleitend die Unterschiede der Kriegswirtschaft im Vergleich zur Friedenswirtschaft, die die Schwierigkeiten erkennen lassen, die zum Teil überhaupt nicht zu beseitigen sind, da sie in dem Kriege ihre Ursachen haben.

nüchtern und lähmend kann er sein, wenn er über ein gewisses Maß hinausgeht. Unübersehbare Zeit, Geist und Willenskraft werden verschwendet. Nicht um die Konkurrenz besser und billiger zu versorgen, sondern eben nur den Konkurrenten zu überflügeln, ihn niederzurängen. Daß im Konkurrenzkampf auch Energien neu angeleitet und wirtschaftliche und technische Fortschritte erzielt werden, muß zugegeben werden.

Diese Frage wird nicht nur von Interessenten aufgeworfen, auch namhafte Wissenschaftler hatten heftige Konkurrenzkämpfe für volkswirtschaftlich schädlich. Aus dieser Einsicht heraus sind die gewerblichen Berufsorganisationen entstanden. Sie unterscheiden sich aber von den Künften in verschiedenem. In viel höherem Maße betreiben sie Fachbildung, sie suchen sich die Vorteile des Großbetriebs durch genossenschaftliche Hilfe zu sichern, sie wollen sich der fortschreitenden Entwicklung nicht mit Gewalt entgegenstellen.



notwendigen Maße, sondern nach dem Range der Notwendigkeit.

Das R. E. A. wurde als Zentralfstelle gebildet, nach dem bereits 20 Notwendigkeitsstellen geschaffen waren. Daraus, daß in der Vergangenheit lediglich einige Hauptnahrungsmittel in öffentliche Bewirtschaftung genommen wurden und andere freibleiben, so kann bei der Preisfestsetzung für Brotgetreide und Kartoffeln politische und soziale Gesichtspunkte mitspielen, hat sich bei anderen Waren eine wilde und planlose Preisstellung herausgebildet. Die inländischen Handelsnahrungsmittel wurden eingestellt auf den Preis der nur in geringen Mengen zur Einführung gelangenden Auslandsware, so daß die Nahrungsmittel eine an sich unerschwingliche Höhe erreichten, daß es für die Landwirte lohnenlos erschien, bestimmte für die menschliche Ernährung notwendige Lebensmittel an das Volk zu versüttern. In diese Wirtschaftstendenzen nach bestimmten Zielen und Plänen umgestaltend einzugreifen, war der für die Errichtung des R. E. A. leitende Gedanke. Dieses stand bei seiner Errichtung vor einer Aufgabe von solcher Größe und Schwere, die erst historisch betrachtet einmal voll gewirkt werden könnte. Die Aufgaben des R. E. A. können wie folgt umschrieben werden:

- 1. Es habe die Produktion mit allen im Kriege denkbaren und möglichen Mitteln zu steigern.
- 2. Die im Inlande erzeugten und vom Auslande eingeführten Lebensmittelmenge so zu bewirtschaften, daß wir unter allen Umständen bis zur jeweiligen neuen Ernte damit auskommen.
- 3. Die Preispolitik so zu gestalten, daß Erzeuger und Verbraucher damit bestehen können.
- 4. Aus den Preisen der Erzeuger die denkbar größten Lebensmittelmenge für die Versorgungsberechtigten herauszufinden.
- 5. Als von der öffentlichen Bewirtschaftung ersparbaren Lebensmittel möglichst gerecht an die Verbraucher zu verteilen.


Die Mittel zur landwirtschaftlichen Produktionssteigerung sind im Kriege beschränkt. Was an der Zuweisung von Arbeitskräften, Jungtieren, Sacharbeitern (Schmieden, Stellmachern), Düngemitteln möglich ist, müsse geschehen. In die Preispolitik der verschiedensten Lebensmittel müsse ein gesunder Ausgleich gebracht werden. Gegenüber sei das Rindfleisch um 200 bis 300 Prozent teurer als in Friedenszeiten, während die Milch um etwa 50 bis 60 Prozent, die Butter um 75 bis 100 Prozent im Preise gestiegen sind. Hier erweist sich ein Preisausgleich durch Preisentwertung für Rindfleisch als notwendig, da man unmöglich Milch und Butter um 200 bis 300 Prozent im Preise steigen könne. Ohne gesunde Preisrelation ist aber die Ware nicht ausreichend auf den Markt zu bringen. Mit Hoang, Kontrollen und Strafen allein kann man nicht die Grundlagen einer in sich funktionierenden Wirtschaft schaffen. Weiter wird eine gesunde Kombination zwischen zentralisierten und dezentralisierten Grundfragen herausgehoben werden müssen. Schließlich wird zu prüfen sein, ob nicht gegenüber manchen Waren an Stelle der Substitutionspflicht die gemeinliche Ablieferungspflicht zu treten habe (Milch, Butter, Eier, Obst usw.). Wollig gleichzeitige Ernährungsgrundsätze für Stadt und Land sind praktisch nicht durchführbar. Eine theoretische Forderung der Landwirte nicht praktisch den städtischen Verbrauchern nicht und wird gegenüber dem Landwirt produktionshemmend, anstatt wie notwendig, produktionsfördernd. Der Ausgangspunkt muß aber bleiben, wie am meisten aus der heimischen Landwirtschaft herauszuholen sei. Mit der gemeinlichen Ablieferungspflicht kann schließlich auch der Schlachthandel und den ungeschützten Fleischereien entgegen gewirkt werden. Die Mängel auf dem Gebiete der Verteilung an die städtischen Verbraucher liegen zum Teil weniger an den allgemeinen Verteilungsgrundsätzen des R. E. A. als an der Durchführung im Einzelnen. Hier gibt es noch viel zu verbessern.

Die Errichtung des R. E. A. bedente nach der vorläufigen Auffassung wie nach der praktischen Seite einen großen Fortschritt. Das deutsche dezentralisierte Versorgungssystem sei im Zeichen der zentralistischen Auffassung anderer Staaten vorzugehen; für die Kriegswirtschaft seien indes aus der schwerfälligen deutschen Zentralverwaltung, die im Frieden ihre Vorzüge habe, auch Nachteile und Mängel entstanden. Mit der Errichtung des R. E. A. sei eine größere Einheitlichkeit und schnellere Bewegungsfreiheit für die Fragen der Lebensmittelversorgung herbeigeführt worden. Auf dem Gebiete der Bevorratungsgewalt hat sich das R. E. A. im allgemeinen durchgesetzt. Demgegenüber liegt die Frage auf dem Gebiete der Durchsetzungsgewalt. Diese konnte aber nicht mit solchen Mitteln der Zentralstelle erzielt werden, wie sie bei den städtischen Stellen nötig sei. In dem Maße, wie sich der Schlachthandel und die Fleischereien von der Zentralstelle abtrennen, wird die Durchsetzungsgewalt auf dem Gebiete der Durchsetzungsgewalt der Zentralstelle immer mehr verloren gehen. In dem Maße, wie sich der Schlachthandel und die Fleischereien von der Zentralstelle abtrennen, wird die Durchsetzungsgewalt auf dem Gebiete der Durchsetzungsgewalt der Zentralstelle immer mehr verloren gehen.

bisher Stellen wäre natürlich das R. E. A. nicht hätte regieren; deren Verwaltungspapier müsse sich lediglich richten nach den von dem R. E. A. aufgestellten Grundsätzen. Von R. E. A. bis zum letzten Detailstufen sei ein außerordentlich weites Feld, so daß man nicht für alles, was nicht fließt, das R. E. A. verantwortlich machen dürfe. Ohne einheitliche Zentralfstelle mit planmäßiger Leitung hätte die Versorgung der deutschen Bevölkerung nach den beiden ersten Kriegsjahren nicht bis zum Kriegsende durchgeführt werden können.

### Verbandsnachrichten

**Köln.** Am Sonntag, den 28. Januar d. Js. fand im Schützenhaus die Generalversammlung der Maurer und Zimmerer statt. Kollege Bach von den Maurern erstattete den Klassenbericht. Aus diesem ist zu entnehmen, daß im verfloffenen Jahre folgende Marken verkauft sind: 12 Eintrittsmarken, 1110 Beitragsmarken à 50 Pf., 543 à 60 Pf., 100 à 25 Pf., 14 à 40 Pf., 818 à 25 Pf., 11 à 50 Pf. Bezirksmarken und 116 à 10 Pf. Sozialmarken. Die Hauptkasse hatte eine Einnahme von 981,90 M und eine Ausgabe einschließlich der verbliebenen Prozente von 412,88 M. Die Sozialkasse hatte eine Einnahme von 129,77 M. und eine Ausgabe von 102,21 M. In der Sozialkasse der Zimmerer verblieb ein Bestand von 27,56 M. Die hierauf folgende Vorstandswahl ergab für die Zahlstelle der Maurer folgenden Resultat: Anton Domezal, Vorsitzender, Franz Bach, Kassierer und Ignaz Siegel, Schriftführer. Die Zimmerer wählten den Kollegen Michael Sobich zum Vorsitzenden, den Kollegen Joseph Jemelsh zum Kassierer und den Kollegen Joseph Bruns zum Schriftführer. Kollege Müller hielt darauf einen Vortrag. Derselbe gedachte der draußen im Felde stehenden Kollegen und schilderte die wichtigsten Ereignisse des verfloffenen Jahres. Ferner sprach er noch eingehend über das Vaterländische Hilfsdienstgesetz. Zum Schluß erwähnte er die Kollegen, auch im neuen Vereinsjahre treu zur Organisation zu stehen, denn die Bergangenheit habe gezeigt, daß auch im Kriege die Gewerkschaften sich bewährt haben. Wenn auch jetzt die Gewerkschaftsarbeit viel schwerer auszuführen ist als in Friedenszeiten, so dürfen wir nicht vergessen, daß es unsere Kollegen draußen im Felde auch nicht leicht haben.



**Es starb den Heldentod fürs Vaterland  
Fritz Ruff.**  
Häufige Herne, Stollstauer.  
Wir werden das Andenken dieses Tapferen stets  
in Ehren halten.

Für jeden Kollegen muß die Parole heißen: Durchhalten, bis unsere im Felde stehenden Kollegen zurückkehren, damit wir dann mit ihnen vereint an der wirtschaftlichen und sozialen Hebung unseres Standes arbeiten können.

### Der Arbeitsmarkt im Jahre 1916

Ueber die Gestaltung des Arbeitsmarktes im Jahre 1916 schreibt das „Reichs-Arbeitsblatt“:  
Kraft und Stetigkeit war wie im Kriegsjahre 1915 auch im Kriegsjahre 1916 das Kennzeichen der deutschen Industrie. Das Wirtschaftsjahr 1916 verlief mit geringeren Schwankungen als sonst in Friedensjahren und versorgte mit unverminderter Kraft die Kriegswirtschaft wie den früher so stark mit der Weltwirtschaft verflochtenen, jetzt in sich selbst gefestigten Inlandsmarkt. Der Ablauf eines so langen Zeitraums wie der dreißig verfloffenen Kriegsmomente beweist unüberdäglich, daß für die wirtschaftliche Widerstandskraft des deutschen Volkes und die Ueberwindung der Ersparungen, welche die durch die Kriegslage veranlaßten Einfuhr- und Ausfuhrbehinderungen mit sich bringen, nicht in erster Linie die Sparsamkeit gegenüber den erschöpfbaren Vorräten ausschlaggebend ist, sondern die Erfindungsgebe und die Spannkraft des deutschen Volkes. Bei der Länge der Zeit und der Größe des deutschen Wirtschaftskörpers hätten auch die größten Vorräte längst erschöpft sein müssen, wenn nicht Erfolg für die fehlenden Fremdstoffe aus der Selbstständigkeit der heimischen Erzeugnisse geschaffen worden wäre.

Die Hauptindustrien, die der Kriegswirtschaft dienen, insbesondere Bergbau und Hüttenwesen, Metallverarbeitung und Maschinenbau wie elektrische und chemische Industrie, sind unüberdäglich stark beschäftigt gewesen. Im Vergleich zum Vorjahr ist vielfach noch eine weitere Steigerung der Tätigkeit erzielt worden, trotzdem auch im Verlaufe des Jahres 1916 die menschlichen Arbeitskräfte durch weitere Enttarnungen zum Heeresdienst sich verringert haben.

Die Mitgliederbewegung der Krankenkassen, die im „Reichs-Arbeitsblatt“ veröffentlicht wird, gibt allerdings keinen Anlaß zur Annahme, daß die Mitgliederbewegung der Krankenkassen im Vergleich zum Vorjahr sich vermindert habe. Die Mitgliederbewegung der Krankenkassen, die im „Reichs-Arbeitsblatt“ veröffentlicht wird, gibt allerdings keinen Anlaß zur Annahme, daß die Mitgliederbewegung der Krankenkassen im Vergleich zum Vorjahr sich vermindert habe.

wendung fanden, als etwas zu groß. Um so bemerkenswerter ist es, daß die Feststellungen auf Grund der Krankenkassen 1916 (ebenso wie 1915) nur einen geringeren, wenn auch fast ununterbrochenen Abgang der männlichen Beschäftigten erkennen lassen, während die weiblichen Arbeitskräfte eine weitere Zunahme aufwiesen. Im Vergleich zum Jahre 1915 ist die Gesamtzahl der in Beschäftigung stehenden Krankenkassenmitglieder im Verlaufe des Jahres 1916 stärker gewachsen bzw. in den Monaten des Jahres 1916, in denen eine Abnahme der Beschäftigung sich bemerkbar machte, in geringerem Grade zurückgegangen als im Jahre 1915.

Die günstigere Gestaltung der Verhältnisse im Jahre 1916 dem vorhergehenden Jahre gegenüber kommt auch in dem Anstiege über die Vermittlungstätigkeit der Arbeitsnachweise, die der Berichterstatter für das „Reichs-Arbeitsblatt“ angeklagt hat, zum Ausdruck, und zwar gerade bei dem vorhandenen starken Andrang an weiblichen Arbeitskräften vor allem ankommt.

Die Berichte, die von einer Reihe von Arbeiterschaftsverbänden über die unter ihren Mitgliedern hervortretende Arbeitslosigkeit geliefert werden, lassen auch im Jahre 1916 ebenso wie 1915 ein fast ununterbrochenes Sinken der Arbeitslosenziffer erkennen. Nur im Februar 1916, wie auch in den beiden Monaten April und Mai, machte sich dem Vormonat gegenüber eine geringe Zunahme der Arbeitslosigkeit geltend. Es war dies die Folge der Arbeitseinstellungen im Kellereibungs- und Spinnstoffgewerbe. Im Vergleich zum Vorjahr zeigt sich in den einzelnen Monaten des Berichtsjahres durchweg eine niedrigere Arbeitslosenziffer, nur im Juni steht die Arbeitslosigkeit auf dem gleichen Stand wie im Juni 1914 und 1915. Im Vergleich zur Arbeitslosigkeit in den Friedensjahren 1908/13 zeigt sich die Arbeitslosenziffer nur von April bis Juli 1916 etwas größer als im Durchschnitt 1908/13.

Einen Rückschlag auf die Bewegung des gewerblichen Beschäftigungsgrades gestattete auch die Betrachtung der Lohnentwicklung. Die Vergarbeiterlöhne zeigen in den drei ersten Vierteljahren des Jahres 1916, für welche die Lohnstatistik bis jetzt veröffentlicht ist, eine vom Vierteljahr zum Vierteljahr steigende Zunahme der verdienten Löhne. Auch im Vergleich zum Jahresmittel 1915 macht sich für die einzelnen Vergarbeiterlöhne eine mehr oder weniger erhebliche Steigerung geltend.

### Gerichtliches

**Arbeitslosenbruch eines Vereinsmitgliedes in den Reichs-Arbeitsnachweisen.** Urteil des Sächsischen Oberlandesgerichts (Rachrud verbot). Der Arbeiter N. war wegen Arbeitslosenbruchs (§ 123 Strafgesetzbuch) zu Strafe verurteilt worden, weil er sich aus der Mitgliederversammlung eines Vereins, dessen Mitglied er war, nicht entfernt hat, obwohl ihm der die Versammlung leitende Vorsitzende des Vereinsaufstretes hierzu aufgefordert hatte. Der Sächsischen Oberlandesgericht in Dresden eingelagerte Revision war erfolglos aus nachstehenden Gründen: Als Mitglied des Vereins war der Angeklagte zwar an sich berechtigt, an der Mitgliederversammlung teilzunehmen und hierzu auch gegen den Willen und das Verbot ihres Leiters bis zu ihrem Schluß in den ihr dienenden Räumen zu verweilen. Hierbei hatte er aber sein Verhalten mit den guten Sitten mindestens soweit im Einklange zu halten, als sich das mit der Wahrnehmung der von ihm bestrittenen Interessen verträglich. Diese selbstverständliche Pflicht hat er nicht erfüllt. Er hat, wie im angefochtenen Urteil festgestellt ist, in der Erregung darüber, daß der Versammlungsleiter die von einem Vereinsmitgliede begehrte Entlassung einer Auskunft ablehnte, mit der Hand auf den Vorstandstisch geschlagen, den ihm gar nicht näherstehenden Versammlungsleiter gebugt, dessen Geschäftsführung als „Besum“ bezeichnet, ihn mit den gräßlichsten Schimpfwörtern beleidigt und fortgesetzt gelärmt. Durch dieses Verhalten hat er die ihm gezogenen Grenzen der Mitgliedschaft überschritten, die außer allem Verhältnis zum Grund und Zweck seiner Anwesenheit stand, insbesondere zur Wahrnehmung der von ihm zu vertretenen Interessen durchaus nicht geboten war, überdies auch die guten Sitten erheblich verletzten und den weiteren Verlauf der Versammlung empfindlich stören, ja geradezu gefährden mußte. Hierdurch hat er das Recht auf weiteres Verweilen in der Versammlung trotz seiner Mitgliedschaft verwirkt. Bei dieser Sachlage war der Versammlungsleiter, da ihm als folgend die Ausübung des Vereinszwecks in den Räumen der Versammlung zustand, berechtigt, den Angeklagten zum Verlassen dieser Räume anzuordnen. Die weitere Feststellung, daß der Angeklagte (gleichwohl) noch geraume Zeit hindurch und bis zum Schluß der Versammlung öffentlich seine Aufrechterhaltung forderte, ist nicht entscheidend, reifertigt daher die Verurteilung wegen Arbeitslosenbruchs. (Urteil vom 12/16)

### Bücherchau

**Die deutsche Arbeiterbewegung** gibt unter dem Titel „Die deutsche Arbeiterbewegung“ eine Zusammenfassung der in großen Maßstäben stehenden Arbeiterbewegung. Die Bücher sind auf dem Buchhandel zu beziehen. Das Buch „Die deutsche Arbeiterbewegung“ gibt eine Zusammenfassung der in großen Maßstäben stehenden Arbeiterbewegung. Die Bücher sind auf dem Buchhandel zu beziehen.